

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

5. Sitzung  
am Donnerstag, dem 29. August 1996, 10.00 Uhr,  
Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steinke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

in Vertretung

von Wolfgang Kubicki

Anke Spoorendonk (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Caroline Schwarz (CDU)

**Landtagsverwaltung**

MR Rüdiger Breitkopf

**Weitere Anwesende**

| <b>Tagesordnung:</b> |   | <b>Seite</b> |
|----------------------|---|--------------|
| <b>1.</b>            | <b>Liegenschaft Blumenburg</b><br>Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie<br>Umdruck 14/108  | <b>5</b>     |
| <b>2.</b>            | <b>Grunderwerb für den geplanten Neubau des Amtsgerichts Bad Bramstedt; Titel 1209-821 71hier: Zustimmung zum Kaufvertrag</b><br>Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie<br>Umdrucke 14/28 und 14/106  | <b>6</b>     |
| <b>3.</b>            | <b>18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages</b><br>Drucksache 14/10  | <b>7</b>     |
| <b>4.</b>            | <b>A. Bericht über die Eintragung in das Landesschuldbuch nach dem Stand vom 31. Dezember 1995</b><br><b>B. Unterrichtung über Darlehensaufnahmen nach § 2 Abs. 6 Haushaltsgesetz 1995 (Darlehen vom Bund)</b><br>Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie<br>Umdruck 14/54 | <b>8</b>     |
| <b>5.</b>            | <b>4. Bericht über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein 1993 bis 1996</b><br>Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie<br>Umdruck 14/60  | <b>10</b>    |
| <b>6.</b>            | <b>Zwischenbericht über die bevorstehende gebietliche Neuabgrenzung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) ab 1997</b><br>Vorlage des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr<br>Umdruck 14/62                                 | <b>12</b>    |
| <b>7.</b>            | <b>Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"</b><br><b>a) Mittelverteilung aufgrund des endgültig festgestellten Rahmenplanes 1996</b><br>Vorlage des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus<br>Umdruck 14/59  | <b>13</b>    |
|                      | <b>b) Umschichtungen im Rahmenplan 1996</b><br>Vorlage des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus<br>Umdruck 14/64  |              |
| <b>8.</b>            | <b>Umzug von Landesministerien und Landesbehörden</b>   | <b>14</b>    |
| <b>9.</b>            | <b>Vereinbarung nach Artikel 91 a GG;</b><br><b>hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Hochschulsonderprogramm III (HSP III)</b><br>Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 14/179  | <b>16</b>    |

|            |  |   |           |
|------------|--|---|-----------|
|            | hierzu: Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages   | Umdruck 14/88   |           |
| <b>10.</b> | <b>Antrag auf Einwilligung in unvorhergesehene dringliche Ausgaben und unvorhergesehene dringliche Verpflichtungsermächtigungen gem. § 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1996</b> | <b>Modernisierungsprojekt "Dezentralisierung von Verantwortung im Schulbereich (z.B. Lehrpersonalverwaltung)"</b> | <b>17</b> |
|            | Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie   |   |           |
|            | Umdruck 14/103   |   |           |
| <b>11.</b> | <b>Antrag auf Einwilligung in eine dringliche Ausgabe gemäß § 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1996</b>  |   | <b>18</b> |
|            | Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie   |   |           |
|            | Umdruck 14/107   |   |           |
| <b>12.</b> | <b>Bericht über den Haushaltsablauf nach dem Stande vom 30. Juni 1996</b>  |   | <b>19</b> |
|            | Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie   |   |           |
|            | Umdruck 14/105   |   |           |
| <b>13.</b> | <b>Information/Kenntnisnahme</b>   |   | <b>20</b> |
| <b>14.</b> | <b>Verschiedenes</b>   |   | <b>21</b> |

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Die in der Einladung zu dieser Sitzung aufgeführten Vorlagen des Ministers für Finanzen und Energie zu den Berichten und Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses zu den Bemerkungen 1994 und 1995 des Landesrechnungshofs, Umdrucke 14/52 sowie 14/35 und 14/53, werden auf Vorschlag des Vorsitzenden von der Tagesordnung abgesetzt; die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs sollen abgewartet werden.

Im übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft Blumenburg in Selent**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/108

Abg. Stritzl erklärt, daß er sich aus persönlichen Gründen an einer möglicherweise aufkommenden Diskussion nicht beteiligen werde.

Nach einem kurzen Vortrag von M Möller stimmt der Ausschuß der Vorlage ohne Aussprache einstimmig zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Grunderwerb für den geplanten Neubau des Amtsgerichts Bad Bramstedt**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdrucke 14/28 und 14/106

- Fortsetzung der Beratung vom 12. Juni 1996 -

P Dr. Korthals gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß M Möller den Ausschuß um die Zustimmung zu einem Kaufvertrag ersuche, obwohl der Minister über eine überplanmäßige Ausgabe doch selber entscheiden könne. Möglicherweise habe das gewählte Verfahren seinen Grund darin, daß M Möller Bedenken habe, ob die Voraussetzungen für eine überplanmäßige Ausgabe überhaupt gegeben seien.

Auf eine Frage von P Dr. Korthals antwortet M Möller, daß die Höhe der Erschließungskosten - wie in der Vorlage dargestellt - dem Ministerium "erst Ende Februar 1996 bekannt geworden" sei. Selbstkritisch sei in diesem Fall allerdings anzumerken, daß bei einer "Grundstückspolitik in einer Hand" mögliche Kommunikationsprobleme auf ein Minimum reduziert würden. In jedem Fall allerdings sollte es - so antwortet M Möller auf eine Frage des Vorsitzenden - bei der Ressorthoheit verbleiben.

Abg. Stritzl merkt an, nach wie vor sei nicht zu verstehen, warum die Erschließungskosten nicht von Anfang an in die Berechnung des Kaufpreises einbezogen worden seien. M Möller erwidert, daß beabsichtigt sei, künftig in derartige Vorlagen eine Aussage über die Höhe der Erschließungskosten aufzunehmen.

Bei Enthaltung des Abgeordneten der F.D.P. wird die erbetene Zustimmung zum Kaufvertrag im übrigen einstimmig erteilt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**18. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/10

(überwiesen am 13. Juni 1996 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

MDgt Dr. Bäumler gibt einen kurzen Überblick über die in den Zuständigkeitsbereich des Finanzausschusses fallenden Passagen seines Berichts.

Der Ausschuß nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**A. Bericht über die Eintragung in das Landesschuldbuch nach dem Stand vom 31. Dezember 1995**

**B. Unterrichtung über Darlehensaufnahmen nach § 2 Abs. 6 Haushaltsgesetz 1995 (Darlehen vom Bund)**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/54

Abg. Neugebauer bittet um Auskunft über die Höhe der Bürgschaftsverpflichtungen und der Bürgschaftsverluste des Jahres 1995. - MDgt Rohs teilt mit, daß im Jahre 1995 dem Soll bei Titel 1104-MG 01 in Höhe von 19 Millionen DM ein Ist von 10,4 Millionen DM gegenüberstehe. Im Jahre 1996 seien von dem Soll in Höhe von 9 Millionen DM bisher 2,3 Millionen DM ausgegeben worden. M Möller sagt im übrigen eine schriftliche Antwort zu.

P Dr. Korthals fragt, ob der Landesregierung ein Instrumentarium zur Abschätzung des Risikos von Bürgschaften auf den Landeshaushalt zur Verfügung stehe. M Möller bezeichnet die Bürgschaftspolitik in der gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Zeit als ein wichtiges Instrument auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Er erinnert daran, daß die Zuständigkeiten für die Bürgschaften in den jeweiligen Ressorts lägen, und teilt mit, daß darüber hinaus zum "Gegen-Controlling" im Finanzministerium ein versierter Fachmann zur Verfügung stehe. Bürgschaftsfälle würden intern hinsichtlich des Risikos durchaus auch kontrovers diskutiert.

Feste Regeln zur Abschätzung eines Risikos von Bürgschaften auf den Landeshaushalt - so betont M Möller - vermöge er sich nicht vorzustellen. Die Landesregierung müsse daran gemessen werden, ob ihre Bürgschaftspolitik erfolgreich gewesen sei oder ob sie "zig Millionen DM in den Sand gesetzt" habe.

Abg. Neugebauer möchte wissen, ob mit Hilfe des Instruments der Rückverbürgung mögliche Risiken für das Land minimiert werden könnten. M Möller antwortet, daß dieses Instrument in der Schiffbaufinanzierung selbstverständlich, bei Bürgschaften des Landes jedoch nicht üblich sei.

Abg. Sager erkundigt sich nach der Höhe der Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Stand vom 29. August 1996 und fragt, ob die Schulden Schleswig-Holsteins -



berechnet nach DM je Einwohner - inzwischen die "magische Grenze" von 10 000 DM überschritten hätten. MR Schaffer antwortet, daß eine Aussage über die Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Stand von heute als sogenannte Stichtagsbetrachtung keinerlei Aussagekraft habe. Aus diesem Grunde habe die Landesregierung auch davon abgesehen, einen derartigen Bericht - wie in der Vergangenheit üblich - in Vierteljahresabständen zu geben. - Der Vorsitzende bittet um eine Information zum Ende des Jahres 1996.

Auf eine weitere Bemerkung des Abg. Sager trägt M Möller vor, daß die Reduzierung der Steuerschätzung von Mai 1996 gegenüber November 1995 als gravierend qualifiziert werden müsse. Das Land habe seine Steuererwartung im mittelfristigen Zeitraum um nahezu 4 Milliarden DM - allein für 1997 im Vergleich zu 1996 um 1 Milliarde DM - zurücknehmen müssen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

#### **4. Bericht über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein 1993 bis 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/60

M Möller gibt in großen Zügen einen Überblick über den 4. Bericht über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Schleswig-Holstein 1993 bis 1996.

Abg. Stritzl möchte wissen, in welchem "Kernbereich" die Landesregierung Subventionen abzubauen gedenke. M Möller antwortet, daß die Fraktionen darüber nach den Beratungen des Kabinetts am kommenden Montag detailliert unterrichtet würden, teilt im übrigen aber mit, daß sowohl kurzfristig - für 1997 - als auch mittelfristig Maßnahmen vorgesehen seien, um durch weitere Subventionskürzungen das Problem des starken Anstiegs der Neuverschuldung in den Griff zu bekommen.

Abg. Stritzl spricht weiter die Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie vom 19. August 1996 an - Umdruck 14/104 -, wonach "durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ... Schleswig-Holstein 1995 zum Zahlerland, ... nach der Abrechnung des 1. Vierteljahres 1996 ... zum Empfängerland im Länderfinanzausgleich geworden" sei. M Möller teilt dazu mit, daß Schleswig-Holstein auch im 2. Vierteljahr des Jahres 1996 Empfängerland sei. Die Wandlung vom Zahler- zum Empfängerland finde ihre Begründung - so betont M Möller - in der sehr unterschiedlichen Steuerentwicklung in einigen Bundesländern. Finanziell habe sich dies in der Rückzahlung von 75 Millionen DM je Quartal ausgewirkt.

P Dr. Korthalts plädiert dafür, zu gegebener Zeit ausgiebig über den Subventionsbericht und die Subventionspolitik der Landesregierung zu diskutieren, und fragt, ob es eine konkrete Aussage darüber gebe, zu welchem Ergebnis die in dem Bericht erwähnte Effektivitätsprüfung geführt habe. M Möller antwortet, daß die kontinuierliche und effektive Prüfung jeder einzelnen Fördermaßnahme Vorrang vor prozentualen Vorgaben habe.

Abg. Stritzl spricht sich dafür aus, dem Wirtschaftsausschuß eine Stellungnahme des Finanzausschusses zu der Vorlage zuzuleiten. Der Vorsitzende hält dagegen, daß es dem

Wirtschaftsausschuß unbenommen sei, sich mit diesem Bericht zu beschäftigen. Er plädiert dafür, den Bericht in der heutigen Sitzung zur Kenntnis zu nehmen und - dem Vorschlag von P Dr. Korthals folgend - die Diskussion über Subventionen wiederaufzunehmen, wenn neue Erkenntnisse vorliegen. - Der Ausschuß schließt sich dieser Haltung an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Zwischenbericht über die bevorstehende gebietliche Neuabgrenzung der  
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) ab  
1997**

Vorlage des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr  
Umdruck 14/62

Der Ausschuß nimmt die Vorlage des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,  
Umdruck 14/62, ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"**

**a) Mittelverteilung aufgrund des endgültig festgestellten Rahmenplanes 1996**

Vorlage des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus  
Umdruck 14/59

**b) Umschichtungen im Rahmenplan 1996**

Vorlage des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus  
Umdruck 14/64

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus, Umdrucke 14/59 und 14/64, ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Umzug von Landesministerien und Landesbehörden**

M Möller merkt an, Ausgangspunkt für die Überlegungen, die Unterbringung der Landesministerien neu zu ordnen, sei neben dem berechtigten Wunsch des Landtages auf eine angemessene und konzentrierte Unterbringung im Landeshaus die Unterbringung des Umweltministeriums sowie die Notwendigkeit, Ministerien im Interesse der Verwaltungseffizienz nicht in allzu vielen Liegenschaften unterzubringen und von teuren Anmietungen wegzukommen. Am Wochenende werde er dem Kabinett ein Gesamtkonzept vorlegen, und spätestens im Zuge der Haushaltsberatungen könnten dann Einzelheiten über die finanziellen Auswirkungen, über die Zahl der Betroffenen und die Anzahl der Liegenschaften vorgetragen werden.

Im Zuge der sich anschließenden Diskussion hält Abg. Astrup es für erforderlich, durch die Zusammenführung von bisher auf mehrere Liegenschaften verteilte Ministerien die Arbeitssituation der in Betracht kommenden Ressorts sowie des Landtages zu verbessern. Im Interesse der Arbeitsfähigkeit des Parlaments - so betont Abg. Astrup - müsse die Staatskanzlei das Landeshaus räumen.

Abg. Sager wirft ein, Einigkeit bestehe selbstverständlich in der Frage, daß das Parlament ordentlich untergebracht werden müsse. Im Grunde gehe es aber bei der anstehenden Problematik nicht um einige wenige Räume für den Landtag, sondern um den Umzug von Ministerien in einer Größenordnung, wie sie dieses Land noch nicht gesehen habe. Aus diesem Grunde müsse dem Finanzausschuß ein Gesamtkonzept vorgelegt werden, aus dem sich beispielsweise auch ergebe, welche Kosten die Zusammenführung des Frauen- und des Bauministeriums verursachen werde. Abg. Steinke schließt sich dieser Auffassung an, unterstreicht aber, daß er bereit sei, an der Verbesserung der vielfach unzureichenden räumlichen Situation und der Arbeitsbedingungen in den Ministerien mitzuwirken.

M Möller stellt heraus, daß die Landesregierung mit einer Presseerklärung auf eine öffentlich geführte Diskussion reagiert habe. In der Vergangenheit habe es in der zur Diskussion stehenden Thematik immer wieder gravierende "nderungen der eingangs von ihm aufgezeigten Eckwerte gegeben; so sei erst gestern noch ein Brief des Landtagspräsidenten in dieser Angelegenheit eingegangen.

Abg. Dr. Klug regt an, den Finanzausschuß umgehend nach der von M Möller erwähnten Kabinettsentscheidung über das Unterbringungskonzept der Landesregierung zu informieren.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit dem Bemerkten, er gehe davon aus, daß sich auch der Landesrechnungshof mit dem Unterbringungskonzept beschäftigen und gegebenenfalls kritische Anmerkungen machen werde.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Vereinbarung nach Artikel 91 a GG;  
hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames  
Hochschulsonderprogramm III (HSP III)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/179

hierzu: Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Umdruck 14/88

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/179, der dem Bildungsausschuß - federführend - und dem Finanzausschuß vom Landtagspräsidenten mit der Bitte zugeleitet worden ist, dem Landtag eine Beschlußempfehlung zu der am 25. September 1996 beginnenden Plenartagung zuzuleiten - Umdruck 14/88 -, ohne Aussprache zustimmend zur Kenntnis.



Punkt 10 der Tagesordnung:

**Antrag auf Einwilligung in unvorhergesehene dringliche Ausgaben und unvorhergesehene dringliche Verpflichtungsermächtigungen gem. § 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1996  
Modernisierungsprojekt "Dezentralisierung von Verantwortung im Schulbereich (z.B. Lehrpersonalverwaltung)"**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/103

Abg. Stritzl fragt, was an den Ausgaben für das Modernisierungsprojekt "Dezentralisierung von Verantwortung im Schulbereich" eigentlich unvorhergesehen sei. OStR Swane antwortet, daß vorbereitende planerische Arbeiten bereits im September/Oktobre vorigen Jahres hätten begonnen werden müssen, und erst im Laufe dieses Frühjahres habe sich erwiesen, daß sich das theoretisch angedachte Modell auch tatsächlich realisieren lasse. Abg. Stritzl hält die Argumentation für nicht nachvollziehbar.

Der Vorsitzende erklärt, er gehe davon aus, daß sich der zuständige Fachausschuß dieses Themas "in aller Breite" angenommen und mit einer grundsätzlichen Entscheidung die Zustimmung zu dem Projekt gegeben habe.

MDgt Rohs trägt vor, daß Mittel für die Modernisierung der Verwaltung bei Titel 1111-534 01 veranschlagt seien, ausweislich der Erläuterungen aber nur "für Personal und Investitionen geleistet werden" dürften. Die Ausdehnung der Erläuterung auf nichtinvestive Zuweisungen an Kommunen sei versehentlich unterblieben. Der Antrag, die erforderlichen Mittel über § 6 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes bereitzustellen, sei korrekt.

Bei Enthaltung der Abgeordneten der CDU-Fraktion stimmt der Ausschuß der Vorlage zu.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Antrag auf Einwillig in eine dringliche Ausgabe gemäß § 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/107

MDgt Rohs bittet, das Schreiben des Finanzministers auf Seite 2 durch folgende Formulierung zu ersetzen:

"Ich beabsichtige, dem Antrag des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages auf Bereitstellung einer dringlichen Ausgabe in Höhe von 20 000 DM bei dem außerplanmäßig einzurichtenden Titel 0101-686 01, Unterstützung eines Fischereiprojektes im Gaza-Streifen einschließlich Reisekosten, stattzugeben und bitte um Ihre Einwilligung gemäß § 6 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1996."

Abg. Stritzl erklärt seine grundsätzliche Zustimmung in diesem einmaligen Fall, bittet aber, bei einer eventuellen Fortführung des Projekts auf die Veranschlagung der erforderlichen Mittel im Einzelplan des zuständigen Ministers bedacht zu sein.

Bei einer Enthaltung stimmt der Ausschuß dem Antrag zu.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Bericht über den Haushaltsablauf nach dem Stande vom 30. Juni 1996**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/105

Der Ausschuß nimmt die Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie, Umdruck 14/105, ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuß nimmt die **Vorlagen** Umdrucke 14/47, 14/56, 14/57, 14/58, 14/85, 14/90, 14/98 und 14/104 zur Kenntnis.

#### **Zu Umdruck 14/90**

**Abg. Stritzl begrüßt es, daß die Mehrausgabe von 550 000 DM haushaltsmäßig korrekt abgewickelt worden sei, und bittet um einen möglichst zeitnahen Bericht über die Ausgabensituation und den Entwicklungsstand beim Sponsoring. M Möller merkt an, daß nach den bisherigen Informationen das Schleswig-Holstein Musik Festival wirtschaftlich besser gelaufen sei, als einige Skeptiker befürchtet hätten. Ein vorläufiger Abschlußbericht werde den zuständigen Gremien am 9. September 1996 vorgelegt werden, und er werde den Ausschuß deshalb voraussichtlich erst in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses unterrichten können.**

**Punkt 14 der Tagesordnung:****Verschiedenes**

a) Der Vorsitzende wiederholt die in der letzten Sitzung der **Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"** vorgetragene Korrektur des **Terminplans**, Umdruck 14/45. Unter dem Datum vom 12. September 1996 werden danach die folgenden Textziffern der Bemerkung 1996 des Landesrechnungshofs aufgeführt: 14, 15, 18, 24, 25, 29, 30 und 31.

b) Der Vorsitzende teilt mit, er habe ein an ihn gerichtetes Schreiben der Internatsschule für Sprachbehinderte, in dem um einen Besuch gebeten werde, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben in der Annahme, daß sich die **Facharbeitskreise der Fraktionen** dieses Themas annehmen und es gegebenenfalls im zuständigen Bildungsausschuß ansprechen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.05 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Protokoll- und Geschäftsführer